

DBB JAHRESTAGUNG

Politprominenz beim Jahresauftakt des Beamtenbundes



dbb Bundesvorsitzender
Ulrich Silberbach

[Lesen Sie mehr zu diesem Thema](#)

Zu Beginn der 60. dbb Jahrestagung in Köln hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach massive Investitionen in den öffentlichen Dienst gefordert. „Die Menschen verlieren das Vertrauen in den Staat, in seine Institutionen, in Regierende und Parteien. Man glaubt nicht mehr, dass sie in der Lage sind, die Probleme zu lösen“, sagte der dbb Chef. Zu der Jahrestagung sind auch traditionell die Führungskräfte der BBBank eingeladen. Neben dem Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Wolfgang Müller nahmen auch der Vertriebsvorstand Oliver Lüscher und der Direktor Öffentlicher Dienst Michael Lutz teil.

DGB BILDUNGSWERK BUND

Schöneberger Forum und Vergabe des Deutschen Personalräte Preises

Unter dem Motto „Vielfalt gestalten: Perspektiven bieten, Kompetenzen nutzen“ fand das Schöneberger Forum statt. Rund 300 Vertreter/innen aus Personalvertretungen, Schwerbehindertenvertretungen, Gleichstellungsstellen und Gewerkschaften kamen in Berlin zusammen, um über Themen wie anonyme Bewerbungen, Quotenregelungen oder Inklusionsvereinbarungen zu diskutieren.



Jörg Radek, stellvertretender
Bundesvorsitzenden der GdP

[Lesen Sie mehr zu diesem Thema](#)



**Die bessere Bank
für Beamte und
den öffentlichen
Dienst**



BBBANK RATGEBER

Rund ums Geld im öffentlichen Sektor 2019

Gerade ist der neue BBBank-Ratgeber erschienen! Tarif- und Besoldungsrecht, Beihilferegeln, aktuelle Besoldungs- und Entgelttabellen – dies und mehr bietet Ihnen „Rund ums Geld im öffentlichen Sektor“. Laden Sie sich gleich die PDF-Version herunter.

[Hier PDF kostenfrei herunterladen](#)

[Weitere Informationen zu den BBBank-Ratgebern](#)





Michael Lutz berichtet

Michael Lutz
ist Direktor Öffentlicher
Dienst bei der BBBank

BBBANK bei der Bildungsmesse didacta 19.–23. Februar in Köln

BBBank und Debeka, zwei starke Partner für den öffentlichen Dienst, werden auch in diesem Jahr wieder an einem Gemeinschaftsstand auf Europas größter Bildungsmesse didacta vertreten sein. Besucher erhalten durch viele Vorträge, Workshops und Diskussionen einen umfassenden Einblick in das gesamte Bildungswesen.

„Lebenslanges Lernen“ ist eines der zentralen Themen auf der didacta und im heutigen

Arbeitsleben. Auch die BBBank fördert als moderner Finanzdienstleister und attraktiver Arbeitgeber ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch ein vielfältiges, individuelles und digitales Seminarangebot.

Ein Besuch an unserem Messestand (Halle 7, Stand 32) lohnt sich in diesem Jahr ganz besonders, denn alle Neukunden erhalten 100 Euro Startguthaben¹ bei Eröffnung eines 0,- Euro Girokontos²!

¹ Eröffnung bis zum 23.02.2019; ausschließlich am didacta-Stand. Nicht mit anderen Prämien kombinierbar.

² Voraussetzung: Gehalts-/Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

[So finden Sie uns](#)



KURZ & BÜNDIG von A bis Z

Baden-Württemberg: Das Land setzt die BVerfG-Entscheidung zur Eingangsbesoldung um

Die Landesregierung von Baden-Württemberg setzt den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes zur Absenkung der Eingangsbesoldung um. Neu eingestellte Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter der Besoldungsgruppen A 12 und höher, der Besoldungsgruppe R 1 und der Besoldungsgruppe W 1 erhielten für die Dauer von drei Jahren keine Sonderzahlungen ...

DBW: Vorstandsvorsitzender der Debeka in den DBW-Vorstand gewählt

Der neue Chef der Debeka, Thomas Brahm wurde in den Vorstand des Deutschen Beamtenwirtschaftsring e. V. (DBW) gewählt. Brahm folgt damit Uwe Laue, der aufgrund neuer beruflicher Aufgaben sein Amt im Vorstand des DBW niedergelegt hatte.

Nordrhein-Westfalen: Neuregelung der Beihilfenverordnung zum 01.01.2019

Mit Wirkung vom 01.01.2019 ist die Beihilfenverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen -BVO NRW- geändert worden ...

Tarifrunde TV-Länder 2019

Die Gewerkschaften haben die Kündigung der Entgelttabellen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) zum Jahresende 2018 und ihre Forderungen für die bevorstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder beschlossen.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern „sechs Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 200 Euro“ ...

Zahlen, Daten, Fakten zum öffentlichen Dienst

Auf 76 Seiten finden Sie in der neuen Broschüre „Zahlen, Daten, Fakten“ alles Wissenswerte zum öffentlichen Dienst ...

[Lesen Sie mehr zu diesen Themen](#)



IMPRESSUM

BBBank eG

Herrenstraße 2-10
76133 Karlsruhe
Telefon: 07 21/141-0
Telefax: 07 21/141-497
Internet: www.bbbank.de
E-Mail: info@bbbank.de

Der Herausgeber dieses Newsletters ist das Marketing der BBBank eG in Karlsruhe, Herrenstraße 2-10, 76133 Karlsruhe.

Die ausschließlichen Nutzungsrechte für die in diesem Newsletter verwendeten Inhalte liegen bei der BBBank eG.

Für Inhalte auf Websites anderer Anbieter, auf die dieser Newsletter verlinkt, übernimmt die BBBank eG keine Haftung.

BBBank eG

Vorstand: Prof. Dr. Wolfgang Müller (Vorsitzender),
Gabriele Kellermann, Oliver Lüsich

Aufsichtsrat: Matthias Eder (Vorsitzender)

Sitz der Genossenschaft: Karlsruhe

Registergericht: Amtsgericht Mannheim GnR 100 003

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Sektor Bankenaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Sitz der Genossenschaft: Karlsruhe

Registergericht: Amtsgericht Mannheim GnR 100 003

Umsatzsteueridentifikationsnummer
DE 143589235

Die Europäische Kommission stellt unter <https://ec.europa.eu/consumers/odr/> eine Plattform zur außergerichtlichen Online-Streitbeilegung (sogenannte OS-Plattform) bereit.

Bildnachweis

TOP 1: © Marco Urban

TOP 2: © Simone M. Neumann



Kontaktieren



DBB JAHRESTAGUNG

Politprominenz beim Jahresauftakt des Beamtens Bundes

Angesichts des schwindenden Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in staatliche Institutionen hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach massive Investitionen in den öffentlichen Dienst gefordert. „Die Menschen verlieren das Vertrauen in den Staat, in seine Institutionen, in Regierende und Parteien. Man glaubt nicht mehr, dass sie in der Lage sind, die Probleme zu lösen“, sagte der dbb Chef zu Beginn der 60. dbb Jahrestagung in Köln. An der Jahrestagung sind auch traditionell die Führungskräfte der BBBank eingeladen. Neben dem Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Wolfgang Müller nahmen auch der Vertriebsvorstand Oliver Lüscher und der Direktor Öffentlicher Dienst, Michael Lutz, teil.

Silberbach bezeichnete es als eine Folge jahrzehntelanger neoliberaler Attacken auf den Staat und „die Rache der schwarzen Null“. Heute wissen wir, der Qualität von Gesundheit, Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und Kultur haben Privatisierung und Wettbewerb überhaupt nicht gutgetan, urteilte Silberbach. Jeder Mensch in Deutschland müsse sich aber darauf verlassen können, dass der öffentliche Dienst überall im Land gleich gut für ihn da sei. Daher, so der dbb Chef, brauche es „ein Sofortprogramm für einen starken und handlungsfähigen Staat. Er muss wieder wahrhaftig und greifbar an der Seite seiner Bürgerinnen und Bürger stehen.“

Die besondere Herausforderung sei dabei nicht nur, die notwendigen Stellen zu schaffen, sondern sie auch mit qualifizierten Kräften zu besetzen. „Entsprechend der Lage

auf dem Arbeitsmarkt rennen uns die jungen Menschen und Fachkräfte nun nicht gerade die Bude ein“, machte Silberbach deutlich.

Zu einem wertschätzenden Umgang gehöre, den Beschäftigten zu vertrauen. „Wenn alleine die Bundesregierung jedes Jahr Millionen Euro für externe Berater ausgibt, ist das das Gegenteil von Teamspirit und einfach nur ein Schlag ins Gesicht der Kolleginnen und Kollegen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende. „Deutschlands öffentlicher Dienst – das sind 4,6 Millionen Frauen und Männer, die sich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet haben und Verantwortung für das große Ganze übernehmen. Es ist höchste Zeit, dass wir diese Expertise und das Know-how anerkennen“, sagte Silberbach unter Applaus der Teilnehmer/innen.

Leider musste Bundesinnenminister Horst Seehofer seine Teilnahme an der Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion kurzfristig absagen. Für ihn und das Bundesinnenministerium sprach der Parlamentarische Staatssekretär Stephan Mayer, der die besondere Funktion und Leistung des Staates bei der Digitalisierung der Verwaltung als eine zentrale Herausforderung sieht. „Mit Gewissenhaftigkeit, Zuverlässigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Loyalität arbeitet der öffentliche Dienst tagtäglich für das Wohl unseres Landes. Dabei leisten die Mitarbeiter ihren Dienst mit einem Engagement, das nicht allzu selten über das zumutbare Maß hinausgeht. Wir können stolz sein auf Ihre Leistung, auf die Leistung unserer Staatsbediensteten. Der öffentliche Dienst ist der Garant für das Zusammenleben in Deutschland“, lobte Mayer.

In Vertretung des Bundesinnenministers erinnert Mayer an den erfolgreichen Tarifabschluss des Vorjahres und betont den erheblichen Stellenaufwuchs zur Effektivitätssteigerung im öffentlichen Dienst. „In der Tarifrunde TVöD haben wir die Entgelttabelle strukturell reformiert und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Personalgewinnung gelegt. Auf den Tarifabschluss für die Beschäftigten des Bundes können wir gemeinsam mit Fug und Recht stolz sein. Neben einer angemessenen Vergütung sorgen Bundesregierung und Bundestag auch dafür, dass der öffentliche Dienst auf Bundesebene mit ausreichend Personal ausgestattet wird. Nur so kann er seiner wichtigen Aufgabe gerecht werden. Allein der Personalhaushalt des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat und seiner Geschäftsbereichsbehörden ist in der vergangenen Legislaturperiode bis 2017 um ca. 14.000 Stellen angewachsen. Zudem wurden bereits Stellenzuwächse für diese Legislaturperiode politisch vereinbart. So werden die Sicherheitsbehörden von 2018 bis 2020 um weitere fast 4.000 Stellen erweitert. Hinzu kommen 7.500 neue Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes.“



Die digitale Revolution muss in Zukunft noch besser für die Arbeit des öffentlichen Dienstes nutzbar gemacht werden. Das betrifft zum einen die Abläufe innerhalb der Behörden – wie zum Beispiel die E-Akte, die E-Rechnung und die E-Gesetzgebung. Zum anderen bieten sich aber auch viele neue Möglichkeiten für die Kommunikation mit und den Service für die Bürgerinnen und Bürger. Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine zentrale Herausforderung der kommenden Jahre. Wir setzen das Onlinezugangsgesetz konsequent um, damit Behördengänge anders als in der Vergangenheit schnell und unkompliziert im Internet erledigt werden können. Wir wollen 575 Verwaltungsdienstleistungen digitalisieren und gehen dies mit Ländern, Kommunen und Nutzern in Digitalisierungslaboren arbeitsteilig und innovativ an. Und wir schaffen einen Portalverbund als Plattform für unsere digitalen Leistungen. Dafür werden die Portale von Bund und Ländern verknüpft, so dass die Menschen in unserem föderalen Land die digitalen Verwaltungsleistungen aller Ebenen leicht finden und nutzen können“, unterstreicht der Minister die künftige Bedeutung der Digitalisierung für den öffentlichen Dienst.

Außerdem stellt Mayer für das Bundesinnenministerium umfangreiche Verbesserungen bei der Besoldung in Aussicht. „Um den hohen Ansprüchen an den öffentlichen Dienst auch in Zukunft gerecht werden zu können, werden wir bei den besoldungsrechtlichen Anreizen zur Personalgewinnung noch einmal ordentlich nachlegen. Hierzu werde ich in Kürze einen Gesetzentwurf zur Modernisierung der Besoldungsstrukturen vorlegen. Mit der Erhöhung von Zulagen, der Einführung einer Personalgewinnungsprämie und Verbesserungen für Anwärter gestalten wir das

finanzielle Dienstrecht attraktiver.“ Im Übrigen soll das Gesetz Zulagentatbestände, Auslands- und Leistungsbesoldung und das Umzugskostenrecht regeln.

Schließlich erteilt der Parlamentarische Staatssekretär der Einbeziehung von Beamtinnen und Beamten in die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme eine klare Absage. Von verschiedenen Seiten wird immer wieder die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung gefordert. Dabei wird der Eindruck erweckt, als ließen sich dadurch die demografischen und finanziellen Probleme der gesetzlichen Sozialversicherung lösen. Mayer trat diesen Bestrebungen deutlich entgegen. Besoldung, Versorgung und Beihilfe machen als Gesamtpaket die besondere Attraktivität des öffentlichen Dienstes aus und bilden nur gemeinsam ein in sich logisches Gesamtsystem.

Zum ersten Mal in seiner Funktion als nordrhein-westfälischer Ministerpräsident nahm Armin Laschet an der dbb Jahrestagung teil. Laschet verschaffte sich Gehör als er sich dazu bekannte, dass der öffentliche Dienst im Wettbewerb um hochqualifizierte Fachkräfte nur mithalten könne, wenn er auch gutes Einkommen biete. „Wenn wir die besten Köpfe für den öffentlichen Dienst haben wollen – Experten, die beispielsweise die Daten der Bevölkerung verlässlich schützen und die Digitalisierung wirkungsvoll vorantreiben können – müssen wir bessere Voraussetzungen schaffen“, unterstrich Laschet.

[Zurück zur Übersicht](#)





DGB BILDUNGSWERK BUND

Schöneberger Forum und Vergabe des Deutschen Personalräte-Preises

Unter dem Motto „Vielfalt gestalten: Perspektiven bieten, Kompetenzen nutzen“ fand das Schöneberger Forum statt. Rund 300 Vertreter/innen aus Personalvertretungen, Schwerbehindertenvertretungen, Gleichstellungsstellen und Gewerkschaften kamen in Berlin zusammen, um über Themen wie anonyme Bewerbungen, Quotenregelungen oder Inklusionsvereinbarungen zu diskutieren.

Im Rahmen des Schöneberger Forums wird traditionell die Preisverleihung für den Deutschen-Personalräte-Preis vorgenommen. Die Fachtagung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst wird vom DGB Bildungswerk Bund in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund veranstaltet. Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, nahm die Ehrung der Preisträger vor. Sven Hüber, Vorsitzender des Bundespolizei-Hauptpersonalrats beim Bundesministerium des Innern, ehrte als Vertreter der Jury den Goldpreisträger mit einer Laudatio.

Die BBBank ist seit vielen Jahren Partner beim Schöneberger Forum und war auch dieses Mal mit einem Ausstellungsstand vertreten, der regen Besuch verzeichnen konnte.

„Unsere Verfassung beruht auf Freiheitsrechten, die die freie Entfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit ermöglichen“, so Jörg Radek, stellvertretender Vorsitzender der GdP, anlässlich der Eröffnung des diesjährigen Schöneberger Forums. Vielfalt müsse geschützt werden vor jenen, die sie ablehnen. Die Aufgabe von Gewerkschaften sei es daher auch, Vielfalt zu schützen, um sie gestalten zu können.

Travestiekünstlerin und Plenumsteilnehmerin Veuve Noire hat erlebt, was es heißen kann, wenn man in den Augen anderer von der angeblichen Norm abweicht. Aufgewachsen in einer ländlichen Gegend, hat sie zu spüren bekommen, dass Vielfalt nicht jedem gefällt. Für sie sei es daher eine Notwendigkeit, Aufklärungsarbeit zu leisten. So besucht sie Schulklassen, um Homophobie abzubauen.

Anonyme Bewerbungen seien laut Bernhard Franke, kommissarischer Leiter der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, jedoch ein gutes Mittel, um Diskriminierungen zu reduzieren. Allerdings nutzten bislang nur wenige Bundesministerien, unter anderem das für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dieses Instrument. Senatorin Elke Breitenbach stellte fest, dass die Diskussionen zum Thema Vielfalt oft geprägt seien von der Klassifizierung „normal“ und „unnormal“ – selbst im angeblich offenen Berlin. Eine große Schwierigkeit bei der Vielfaltsförderung im öffentlichen Dienst seien die unflexiblen Einstellungsverfahren, die nur auf formale Qualifikationen abstellen, und ausländische Abschlüsse oftmals nicht anerkennen würden. Deswegen könne man laut Bernhard Franke jedoch keine Aufweichung der Kriterien Eignung, Befähigung und fachliche Leistung fordern. Vielmehr müssten Stellenanforderungen um Vielfaltskompetenzen ergänzt werden.

Dies war auch eines der Themen der Diskussionsrunde „Wie wird Diversity im öffentlichen Dienst „gelebt“?“ mit Andreas Merx, Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Diversity Management e. V., und Eren Ünsal, Leiterin der Landesantidiskriminierungsstelle Berlin. Diese machte auf einen Widerspruch aufmerksam, mit dem es umzugehen gilt: Positive Maßnahmen zur Förderung setzten die Festlegung von Gruppen voraus, die andererseits wegen der Vielschichtigkeit eines jeden Menschen nur schwer gebildet werden könnten und letztlich – zwecks Vermeidung von „Schubladendenken“ – eigentlich auch nicht gewollt seien. Auf die Einflussmöglichkeiten von Personalräten wies Andreas Merx hin. So sollten diese bereits bei der Ausschreibung einer Stelle darauf achten, dass eine große Bandbreite an Interessierten angesprochen werde. Zudem machte er auf den Diversitycheck (z. B. Berliner Diversometer) aufmerksam, den auch Personalräte für ihre Dienststelle durchführen und im Falle von Defiziten entsprechende Fördermaßnahmen einfordern könnten.

Wie immer richteten die Veranstalter – der Bundesvorstand des DGB und das DGB-Bildungswerk – es an beiden Veranstaltungstagen ein, ausgewählte Themen in sechs Fachforen eingehend zu beleuchten:

Forum I: Rechtlicher Rahmen für Geschlechtergerechtigkeit „Frauen sind anders – Männer auch!“



Forum II: Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Dienst „Exklusiv oder inklusiv?“

Forum III: Ethnische Herkunft und Religion im öffentlichen Dienst „Andere Herkunft und Religion – gleiche Rechte – gleiche Pflichten“

Forum IV: Alt und Jung – Voneinander lernen „Ey, langsamer Opa“ – „Ach, unerfahrener Jungspund“

Forum V: LSBTI – an den Rand gedrängt? „Im Zeichen des Regenbogens“

Forum VI: Gute Praxis: Nominierte und Preisträger des Deutschen Personalräte-Preises 2018 stellen ihre Projekte vor

Deutscher Personalräte-Preis schafft mehr Anerkennung für Personalräte

Zigtausend Personalräte setzen sich jeden Tag mit Engagement für die Interessen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein. Die Motivation, den Schwachen zu helfen, sind oft die Triebfeder für eine erfolgreiche Personalratsarbeit. Den Dienstherrn ist sie häufig ein Dorn im Auge. Deshalb setzt der Personalräte-Award klare Signale: Mit der Auszeichnung und Würdigung beispielhafter Projekte wird die Arbeit und der Einsatz der Personalräte publik gemacht und öffentlich gewürdigt.

Bessere Arbeitsbedingungen sind zentrales Thema der 2018 eingereichten Projekte. Das Projekt „Stadtpolizei 55+“ wurde auf dem Schöneberger Forum, bei dem die BBBank seit vielen Jahren Partner und Aussteller ist, mit der Goldtrophäe ausgezeichnet. Der Preis 2018 in Gold wurde dem Personalrat des Ordnungsamtes der Stadt Frankfurt am Main verliehen. Dort entwickelte der Perso-

nalrat mit dem Konzept „Stadtpolizei 55+“ konstruktive Lösungen für den Einsatz älterer und gesundheitlich eingeschränkter Beschäftigter, die nicht mehr zu 100 Prozent im uniformierten Außendienst arbeiten können.

Mit Silber zeichnete die Jury den Personalrat der Technischen Universität Dresden aus. Die Interessenvertretung konnte Eingruppierungen durchsetzen, die den tatsächlichen Anforderungen gerecht werden. Der Gesamtpersonalrat der Universität Koblenz-Landau erhielt Bronze. Mit der Etablierung eines Bedrohungs-, Krisen- und Deeskalationsmanagements reagierte der Personalrat auf einen zunehmend rüden Umgangston und aggressives Verhalten gegenüber Beschäftigten der Hochschule.

Den Sonderpreis der DGB-Jugend hat die Arbeitsgemeinschaft der Jugend- und Auszubildendenvertretungen der Unikliniken Nordrhein-Westfalen bekommen. Sie setzte sich mit ihrer Kampagne „#unbezahlt“ erfolgreich für eine angemessene Vergütung in der Ausbildung ein.

Der „Deutsche Personalräte-Preis“ würdigt die beispielhafte Arbeit von Personalräten und zeichnet herausragende Projekte aus. Der Preis ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“ und wurde zum achten Mal vergeben. Preiswürdig sind Initiativen und Projekte von Personalräten sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen, die Arbeitsbedingungen, das Arbeitsumfeld oder soziale Regelungen für die Beschäftigten verbessern. Der „Deutsche Personalräte-Preis“ wird auch in 2019 wieder ausgelobt. Weitere Informationen zur Jury, zu den Preisträgern und Nominierten sowie zur Bewerbung für 2019 finden Sie unter www.dprp.de

[Zurück zur Übersicht](#)



KURZ & BÜNDIG

Baden-Württemberg: Das Land setzt die BVerfG-Entscheidung zur Eingangsbesoldung um

Die Landesregierung von Baden-Württemberg setzt den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes zur Absenkung der Eingangsbesoldung um. Ein Sprecher des Finanzministeriums erklärte zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes (2 BvL 2/17) zur Absenkung der Eingangsbesoldung: „Das Bundesverfassungsgericht hat klar aufgezeigt, dass die bisherige Rechtsauffassung der Landesregierung in seinen Augen keinen Bestand hat. Allerdings hat die Landesregierung die Eingangsbesoldung bereits Anfang 2018 wieder auf das bisherige Niveau angehoben. Die jährlichen Mehrausgaben liegen bei knapp 60 Millionen Euro im Jahr. Nach einer ersten, schnellen Bewertung des Urteils haben alle von der Absenkung in den letzten Jahren betroffenen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter bis zum Eingreifen der Verjährung, also rückwirkend bis einschließlich 2015, einen Anspruch auf Nachgewährung. Hinzu kommen noch die offenen Fälle, die sich auf frühere Jahre beziehen. Wir rechnen mit einer Summe in dreistelliger Millionenhöhe. Wir werden sehr zeitnah prüfen, ob das Urteil diese erste Bewertung bestätigt, und werden es umsetzen. Dann werden wir die Nachzahlung an die Betroffenen im Haushaltsvollzug in die Wege leiten.“

Der Ursprung der Absenkung der Eingangsbesoldung liegt im Jahr 2005. Neu eingestellte Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter der Besoldungsgruppen A 12 und höher, der Besoldungsgruppe R 1 und der Besoldungsgruppe W 1 erhielten für die Dauer von drei Jahren keine Sonderzahlungen.

Damit können Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter im Jahr 2019 rückwirkend die aufgrund der Absenkung der Eingangsbesoldung seit 1. Januar 2013 einbehaltenen Gehaltsanteile auf eine Erstattung hoffen. Das Geld sollen auch diejenigen erhalten, die keinen Widerspruch gegen die Kürzung erhoben haben.

Zur Presseerklärung

DBW: Vorstandsvorsitzender der Debeka in den DBW-Vorstand gewählt

Der neue Chef der Debeka, Thomas Brahm wurde in den Vorstand des Deutschen Beamtenwirtschaftsring e.V. (DBW) gewählt. Brahm folgt damit Uwe Laue, der aufgrund neuer beruflicher Aufgaben sein Amt im Vorstand des DBW niedergelegt hatte.

Nordrhein-Westfalen: Neuregelung der Beihilfenverordnung zum 01.01.2019

Mit Wirkung vom 01.01.2019 ist die Beihilfenverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen -BVO NRW- geändert worden. Soweit nachfolgend nichts anderes geregelt ist, sind die Neuregelungen grundsätzlich für Aufwendungen, die nach dem 31.12.2018 entstehen, anzuwenden. Einen Überblick über die wesentlichen Änderungen des Beihilfenrechts hat die Finanzverwaltung in NRW in einem Merkblatt zusammengefasst, das man [hier downloaden kann](#).

Tarifrunde TV-Länder 2019

Die Gewerkschaften haben die Kündigung der Entgelttabellen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) zum Jahresende 2018 und ihre Forderungen für die bevorstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder beschlossen.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern „sechs Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 200 Euro“. Für Auszubildende wird ein Festbetrag in Höhe von 100 Euro gefordert. Die Tarifkommission auf Gewerkschaftsseite besteht aus sechs Vertretern: jeweils 2 Vertreter von ver.di und dem dbb beamtenbund und tarifunion und je ein Vertreter von GEW und GdP. Die Verhandlungsführer der Gewerkschaften halten die Forderung für mehr als angemessen. Die Beschäftigten der Länder müssen Anschluss halten, sowohl gegenüber der Privatwirtschaft als auch im Vergleich zu Bundes- und Kommunalbeschäftigten. Die Laufzeit soll 12 Monate betragen.

Weitere Forderungen der Gewerkschaften sind:

- eine zukunftsfähige Entgeltordnung für den TV-Länder (TV-L)
- die Erhöhung der Pflgetabelle um 300 Euro
- ein Fahrplan für die Einführung der Paralleltabelle im Bereich der Lehrkräfte
- Stufengleiche Höhergruppierung

Die Gewerkschaften haben schon jetzt deutlich gemacht, dass die Beamten der Länder zeit- und wirkungsgleich profitieren sollen, wenn es ein Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst der Länder gibt.

Die Arbeitgeberseite erwartet sehr schwierige Verhandlungen, erklärte der Finanzsenator Berlins und Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Dr. Matthias Kollatz. „Eine solche Lohnerhöhung bei einer Inflationsrate von um die 2 Prozent ist völlig überzogen“, so Kollatz. Die Forderung der Gewerkschaften würde die Länder mehr als 2,7 Milliarden pro Jahr und bei Übertragung auf den Beamtenbereich insgesamt mehr als 8 Milliarden pro Jahr kosten.

Bei der 1. Verhandlungsrunde haben die Arbeitgeber noch kein Angebot vorgelegt. Die Verhandlungen werden am 06./07.02.2019 und 28.02.2019 in Potsdam fortgesetzt.

Zahlen, Daten, Fakten zum öffentlichen Dienst

Auf 76 Seiten finden Sie in der neuen Broschüre „Zahlen, Daten, Fakten“ alles Wissenswerte zum öffentlichen Dienst. Auch im letzten Jahr hat die Beschäftigung im öffentlichen Dienst wieder zugenommen. Aber nach Angaben der Gewerkschaften fehlen dem Staat auf allen Ebenen rund 200.000 Beschäftigte.

Wer sich genau informieren möchte, kann die [Broschüre kostenlos downloaden](#).

[Zurück zur Übersicht](#)